

GROSSER RAT

GR.24.30

VORSTOSS

Interpellation Miro Barp, SVP, Brugg (Sprecher), vom 16. Januar 2024 betreffend Terroristen und andere gemeingefährliche Personen in Asylzentren

Text und Begründung:

Im Frühjahr 2022 hat das Fedpol im Kanton Aargau einen algerischen Terroristen festgenommen, der im Namen der Terrororganisation "Islamischer Staat" einen Anschlag in Frankreich plante (Aargauer Zeitung vom 28.12.2023). Dem Vernehmen nach soll er sich im Bundesasylzentrum Brugg aufgehalten haben. Die Bevölkerung wurde über den Vorfall und die drohende Gefahr nicht informiert, weil dem Persönlichkeitsschutz Priorität eingeräumt wurde.

In diesem Kontext wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Stuft der Regierungsrat den Fall des mutmasslichen algerischen Terroristen als Einzelfall oder als Spitze eines Eisberges ein? Wie begründet der Regierungsrat seine Einschätzung?
2. Warum werden "Asylbewerber" aus Maghreb-Staaten, die praktisch nie als Schutzsuchende anerkannt werden, nicht schneller ausgeschafft, sondern in Bundesasylzentren untergebracht, obwohl sie ganz überwiegend einen kriminellen Hintergrund haben? (Interview mit Mario Fehr, Sicherheitsdirektor des Kantons Zürich, NZZ vom 15.12.2021)
3. Warum wird auch bei Terroristen der Persönlichkeitsschutz über das Informationsbedürfnis der Bevölkerung gestellt?
4. Wie stuft der Regierungsrat das Informationsrecht der Bevölkerung über die Risiken ein, die von gewaltbereiten Insassen von Asylzentren ausgehen?
5. Wie viele Personen aus Maghreb-Staaten, insbesondere aus Algerien, halten sich zurzeit in den Asylzentren im Kanton Aargau auf? Wie schätzt der Kanton Aargau die Gemeingefährlichkeit dieser Personen ein?
6. Zu welchem Zeitpunkt wurde der Regierungsrat über die Verhaftung des algerischen Terroristen im Frühjahr 2022 informiert?
7. Mittlerweile ist bekannt, dass sich in den Bundesasylzentren auch Personen aufhalten, die der Vergewaltigung und terroristischer Aktionen verdächtig sind. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass das Sicherheitsdispositiv in und um die Asylzentren verbessert werden muss?
 - a) Wenn ja, was unternimmt der Regierungsrat, um das Sicherheitsdispositiv zu verbessern?
 - b) Wenn nein, weshalb bezeichnet Herr Regierungsrat J.P. Gallati im AZ-Interview vom 23.12.2023 (aus rechtlichen Gründen nicht mögliche) "geschlossene Internierungslager" als Mittel, um Wiederholungstaten zu unterbinden?
8. Wie viele (auch wegen Kleindelikten) vorbestrafte Personen halten sich im Kanton Aargau in Bundesasylzentren auf?

Mitunterzeichnet von 8 Ratsmitgliedern